



Zusammen für NRW.



Wir stärken die kommunale Demokratie

Kommunale Selbstverwaltung ist gelebte Demokratie. Sie erschöpft sich nicht im Zusammenspiel zwischen Rat und Verwaltung sondern setzt auf die breite Mitwirkung der Menschen in unseren Gemeinden. Eine lebendige Demokratie, die auf mündige Bürgerinnen und Bürger setzt, hängt nicht nur davon ab, wer regiert, sondern auch davon, wie sie gestaltet ist.

Daher werden wir die Zivilgesellschaft und das ehrenamtliche Engagement in unseren Kommunen stärken, die massiven Eingriffe in das kommunale Wahlrecht der Bürgerinnen und Bürger wieder rückgängig machen und zusätzliche wirksame Beteiligungsrechte verankern.

Wir stärken das kommunale Wahlrecht und die Bürgerbeteiligung

Rat und Bürgermeisterin bzw. Bürgermeister sowie Kreistag und Landrätin bzw. Landrat bilden eine Verantwortungsgemeinschaft. Das soll zukünftig wieder in einer zeitgleichen Wahl wieder zum Ausdruck kommen. Wir werden deshalb dafür sorgen, dass die Bürgermeister-, Landrats- und Oberbürgermeisterwahlen schnellstmöglich wieder zusammen mit den Wahlen zum Rat stattfinden.

Die Abschaffung der Stichwahl bei den Bürgermeisterinnen- und Bürgermeisterwahlen war falsch: Es besteht die Gefahr, dass die so gewählten Bewerberinnen nicht einmal die Mehrheit derer vertreten, die an ihrer Wahl teilnehmen. Dies verdreht das demokratische Grundprinzip „Mehrheit entscheidet“ in sein Gegenteil. Wir werden deshalb die Stichwahl wieder einführen.

Wir wollen die Funktionsfähigkeit der Räte und Kreistage sichern. Wir werden gutachterlich prüfen, ob die Einführung einer moderaten Sperrklausel ein geeignetes Instrument darstellt. Zusätzlich ist zu klären ob die derzeitigen Regelungen den Erfolgswert der Stimmen ausreichend garantieren.

Wir wollen mehr direkte Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger in unseren Städten und Gemeinden erreichen. Orientiert am bayrischen Modell werden wir deshalb die Hürden bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden senken und die Ausschlüsse einschränken. Durch eine Modifizierung des Kostendeckungsvorschlags werden wir eine Unzulässigkeit aus diesem Grunde in Zukunft vermeiden.

Neben dem Rat sollen zukünftig auch die Bürgerinnen und Bürger direkt hinsichtlich einer Abwahl des Hauptverwaltungsbeamten initiativ werden können. Hierbei legen wir ein Quorum von einem Drittel der Wahlberechtigten an.

Wir wollen Integration in unseren Kommunen stärken

Eine lebendige Demokratie lebt davon, dass sich Wählerinnen und Wähler gut informieren können, sich selbstbewusst an der politischen Meinungsbildung beteiligen und aktive Mitwirkungsmöglichkeiten haben. Dies gilt auch für Menschen mit nicht deutschem Pass. Unter einer demokratischen Bürgergesellschaft verstehen wir eine Integrationsaufgabe, damit alle Menschen einer Kommune an ihrer Entwicklung teilnehmen können. Deshalb sprechen wir uns auch für die Einführung eines allgemeinen Wahlrechts auf der kommunalen Ebene auch für Menschen ohne deutschen Pass, die lange in unserem Land leben, aus und werden eine entsprechende Bundesratsinitiative ergreifen. Solange dieses Recht noch nicht besteht, fördern wir die Einrichtung und Arbeit von Integrationsräten in den Kommunen.

Wir stärken die Zivilgesellschaft und das kommunale Ehrenamt

Vereine, Verbände und Initiativen sind das Rückgrat des kommunalen Lebens. Wir begrüßen und unterstützen es, wenn Städte und Gemeinden diese Arbeit fördern und Anreize für Bürgerinnen und Bürger geben, Mitverantwortung zu übernehmen. Wir wollen, dass das ehrenamtliche Engagement eine größere gesellschaftliche Anerkennung erfährt.

Vor dem Hintergrund, dass es immer schwerer wird, bürgerschaftliches Engagement mit den Anforderungen von Beruf und Privatleben in Einklang zu bringen, wollen wir die Rahmenbedingungen für die Wahrnehmung eines Ehrenamtes verbessern. Wir werden in diesem Sinne auf der Grundlage der Ergebnisse der Arbeitsgruppe "Ehrenamt" aus der letzten Legislaturperiode auch Veränderungen bei den wesentlichen Regelungen des kommunalpolitischen Ehrenamtes umsetzen.

Wir unterstützen Initiativen, die Bürgerinnen und Bürger mehr und direkt an kommunalen Planungs- und Verwaltungsverfahren beteiligen. Wo dies durch Planungswerkstätten, Bürgerhaushalte und ähnliches geschieht erreicht Bürgerbeteiligung oft eine neue Qualität.

Wir stehen für eine bürgerfreundliche und leistungsstarke Verwaltung

Durch den weiteren Abbau von bürokratischen Erfordernissen, die Möglichkeit von mehr Effizienz in den Bearbeitungsprozessen und moderne Formen der Kooperation wollen wir dazu beitragen, die Verwaltungsmodernisierung in der Fläche fortzusetzen. Zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung soll dazu die Regelungsdichte bei gleichzeitiger Sicherung der Aufgabenqualität verringert werden. Das ist bürgerfreundlich und effizient.

Die Zusammenarbeit über die kommunalen Grenzen hinweg wollen wir weiter fördern, indem wir Hürden hierfür abbauen. Die Landschaftsverbände als höhere Kommunalverbände genießen Bestandsschutz. Den Regionalverband Ruhr wollen wir in seinen Funktionen stärken und werden ihn durch eine Novellierung des RVR-Gesetzes in seinen Strukturen weiterentwickeln.